



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebßhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Haushaltsplan 2026/2027;

**hier: Realitäten endlich anerkennen und den ideologischen H2-Mobilitätsirrweg verlassen I
(Kap. 07 02 Tit. 893 87)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 07 02 (Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 07) wird der Ansatz im Tit. 893 87 (Zuschüsse zur Errichtung von Wasserstofftankstellen) für das Jahr 2026 von 3.888,9 Tsd. Euro um 3.888,9 Tsd. Euro auf 0 Euro gekürzt.

In Kap. 07 02 (Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 07) wird der Ansatz im Tit. 893 87 (Zuschüsse zur Errichtung von Wasserstofftankstellen) für das Jahr 2027 von 3.888,9 Tsd. Euro um 3.888,9 Tsd. Euro auf 0 Euro gekürzt.

Begründung:

Der Markt hat entschieden: Wasserstoffmobilität im Pkw- und Nutzfahrzeugbereich wird sich nicht durchsetzen. Von einst rund 100 Wasserstofftankstellen waren im ersten Halbjahr 2025 bundesweit nur noch 69 in Betrieb. In Bayern wurden bereits über 66 Mio. Euro in Tankstellen investiert, an denen praktisch niemand tankt – bei nicht einmal 2000 zugelassenen H2-Pkw deutschlandweit. In Österreich hat die OMV als einzige Betreiber-gesellschaft angekündigt, das gesamte Wasserstofftankstellennetz komplett einzustellen. Die physikalischen Realitäten sind schlicht eindeutig: Während batterieelektrische Fahrzeuge einen Wirkungsgrad von über 80 Prozent erreichen, liegt der von Wasserstofffahrzeugen bei etwa der Hälfte. Diese fundamentale Ineffizienz führt zu einem doppelt so hohen Energiebedarf aus erneuerbaren Quellen, die dringend für andere Zwecke benötigt werden. Zudem haben sich E-Fahrzeuge technologisch rasant weiterentwickelt – mit deutlich längeren Reichweiten, kürzeren Ladezeiten und günstigeren Preisen. Die weitere Förderung von Wasserstofftankstellen für Pkw und Nutzfahrzeuge sind falsch angelegte Steuermittel und vor den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu rechtfertigen.